

„Lieber sterben als nach Sachsen“

„Ungefähr das Schlimmste seit 1938“ – so verurteilen Politiker den Bürger-Beifall für die Attacken rechtsradikaler Rabauken auf Asylbewerber und Gastarbeiter im sächsischen Hoyerswerda. Aber auch anderswo explodiert die Fremdenfeindlichkeit, formieren sich Neonazis und Skinheads – ihre Parole lautet: „Wir machen Mitteldeutschland ausländerfrei.“

Den konkretesten Vorschlag nahm kaum jemand ernst. Der Grüne Daniel Cohn-Bendit, 46, Ex-Sponti und Frankfurter Dezernent für multikulturelle Angelegenheiten, forderte, Bonns Spitzenpolitiker sollten umgehend „nach Hoyerswerda fahren“, um bei den Einheimischen für Toleranz gegenüber Fremden zu werben.

Natürlich ließ sich weder der Kanzler noch einer seiner Minister vergangene Woche in Hoyerswerda sehen – einer Stadt, die, so scheint es, in die deutschen Geschichtsbücher eingehen wird.

Einen Wendepunkt markiert Hoyerswerda weniger, weil dort ein paar Dutzend jugendlicher Fremdenhasser mit Stahlkugel- und Brandflaschen-Attacken auf Asylanten- und Gastarbeiterquartiere ein Fanal des Fanatismus ge-

setzt haben. Viel schlimmer: Tausende von erwachsenen Bürgern haben, trotz oder wegen jahrzehntelanger stereotyper DDR-Erziehung zur „Völkerfreundschaft“, die kriminellen Angriffe schweigend geduldet, wenn nicht gar johlend begrüßt (siehe Seite 41).

Daß sich obendrein die Behörden des Landes Sachsen als unfähig erwiesen, die attackierten Quartiere zu schützen, und statt dessen die Bedrohten evakuierten; daß Dresdens christdemokratischer Ministerpräsident Kurt Biedenkopf auf die Krawalle mit der Forderung reagierte, den Sachsen sollten künftig halt weniger Asylbewerber aus dem Westen zugewiesen werden – das alles illustriert, was Sozialwissenschaftler längst diagnostiziert haben: Aversionen gegen Ausländer sind in Deutschland '91 nicht



Demonstranten-Festnahme in Hoyerswerda

nur das Defizit einer kleinen radikalen Minderheit.

Daß Hoyerswerda kein Einzelfall, Ausländerfeindlichkeit keine Ossi-Spezialität ist, belegen Umfragen des Emnid-Instituts. Die Bielefelder Demoskopien meldeten im September, daß 21 Prozent der Ostdeutschen und sogar 38 Prozent der Westdeutschen „Verständnis“ für jene „rechtsradikalen Tendenzen“ bekunden, die das Ausländerproblem allerorten hat aufkommen lassen (SPIEGEL 38/1991).

Daß eine breite Sympathisantenszene dem militanten Mob in Hoyerswerda applaudierte, war nach Ansicht des Hamburger Ausländerbeauftragten Günter Apel „nach der Reichspogromnacht 1938“ der Nationalsozialisten „ungefähr das Schlimmste, was sich auf deutschem Boden abgespielt hat“.

Und die liberale *Zeit* fragte angesichts des „Anschlages auf unseren Verfassungsstaat“, der „nicht minder schwer wiegt als das Attentat auf einen Politiker“, ob sich die „geeinten Deutschen“ nun als die „häßlichen Deutschen“ erweisen.

Die Häßlichkeit kommt vom Hassen. Das Wort „HASS“, geschrieben mit SS-Runen, darunter ein Hakenkreuz, vorige Woche von Unbekannten an ein Asy-



Neonazi-Parole gegen Ausländer*: „Wat wollen die hier?“

* An einem Wohnheim im baden-württembergischen March.



Erinnerungen an die Reichspogromnacht der Nationalsozialisten

lantenheim in Baden-Württemberg gesprüht, verrät die Gemütslage der kriminellen Fremdenfeinde.

Den gleichen Ungeist dokumentieren Aussagen von Skinheads aus dem deutschen Osten, die der Polizei zu Protokoll gaben, Ausländer müßten „so lange getreten und getrampelt werden, bis sie begreifen, daß sie hier unerwünscht sind“, ebenso die „Sieg Heil“- und „Nigger raus“-Sprechchöre in Hoyerswerda, aber auch mörderische Sprüche, die an Hamburger Gymnasien schon unter Elfjährigen kursieren:

Frage: Was ist das – ein Türke in Salzsäure?
Antwort: Ein gelöstes Problem.

Die Angst von Zukurzgekommenen, ihre karge Sozialhilfe mit immer mehr Neuankömmlingen teilen zu



Attackiertes Heim in Hoyerswerda: „Anschlag auf die Verfassung“

müssen, pubertäre Freude an Krawall und an Tabuverletzung, kleinbürgerliches Spießertum und teutonischer Sexualneid – das alles vermischt sich zu einer Gesinnung, wie sie Reporter der Illustrierten *Extra* dieser Tage nahe Magdeburg im Dorf Zielitz (3000 Einwohner, 72 Flüchtlinge) unter Arbeitslosen und Kurzarbeitern einfingen. Originalton Ost:

Wat wollen die hier? Die kannste so, wie sie sind, in ein Paket schnüren und wieder wegschicken. Die wohnen besser als wir. Wir bezahlen für die, und dann schnappen sie uns Deutschen noch die Jobs weg.

Uns geht's beschissen, werden alle arbeitslos. Ich bin auf Kurzarbeit, bringe mich und meine beiden Kinder mit 804 Mark durch. Und jetzt holen die noch Ausländer rein.

Ich glaube ja, daß es denen dreckig geht, aber jetzt sind wir erst mal selbst dran.

Die Schwarzen. Bei denen gibt es einen Kometreiber. Hat wahrscheinlich im Heim drei Frauen, und hier fickt er die letzte Unke aus dem Dorf.

Kaum zu glauben, daß in den neuen Bundesländern, Umfragen zufolge, trotz alledem noch immer 79 Prozent der Bürger das Recht auf Asyl bejahen, mehr als im Westen (70 Prozent).

Allerdings: 59 Prozent der West- und 68 Prozent der Ostdeutschen meinen, die

Bundesrepublik solle künftig nur noch eine begrenzte Zahl von Asylanten aufnehmen. Und 95 Prozent fordern, daß abgewiesene Bewerber das Land auch verlassen sollten – dies aber nur, wenn ihnen daheim keine Gefahr droht; auf diesen humanitären Vorbehalt legen 60 Prozent der West- und 72 Prozent der Ostdeutschen Wert.

„Unser Volk ist nicht ausländerfeindlich“, urteilte vorige Woche der SPD-Rechtsexperte Rudolf Wassermann, langjähriger Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Juristen: „Es ist der Mißbrauch eines Rechts, der den Unwillen der Bürger erregt.“

Unverkennbar ist allerdings auch ein wachsendes Unbehagen über das Ausmaß und die Geschwindigkeit des Ausländerzuzugs. 51 Prozent der West-

und 57 Prozent der Ostdeutschen meinen mittlerweile, es sei „nicht in Ordnung, daß in Deutschland viele Ausländer leben“.

Selbst die Grünen, die jahrelang eine „multikulturelle Gesellschaft“ propagierten und darunter offenbar eine Art immerwährendes Straßenfest verstanden, haben bei ihrer jüngsten Länderratssitzung vom Postulat der „offenen Grenzen“ zugunsten einer Quotenregelung Abschied genommen – unter dem Protest eines Teiles ihrer Basis.

„Wo sind die Zeiten, als Grüne mit Betroffenen auf die Straße gingen und für offene Grenzen demonstrierten?“

de an Fremdenfreundlichkeit übertreffen lassen wollte. Massenhafter Zuzug von Gastarbeitern und Flüchtlingen aus aller Welt hat denn auch dazu geführt, daß in Deutschland, das seit 1986 mehr Fremde aufgenommen hat als jeder andere OECD-Staat*, mittlerweile 4,8 Millionen Ausländer leben – mehr als derzeit in den einstigen Kolonialstaaten Frankreich (rund 4 Millionen) oder Großbritannien (etwa 2,6 Millionen).

Nach wie vor ist das deutsche Asylrecht, trotz diverser Verfahrensstraffungen, im internationalen Maßstab „ungewöhnlich großzügig“, wie Professor Eike von Hippel vom Hamburger Max-

Deutschland vorn – dabei wird es vorerst wohl auch bleiben, nicht zuletzt, weil die kriminellen Schlepperorganisationen, die für Asylanten-Nachschub sorgen, immer aktiver werden und weil überdies das Arbeitsverbot für Asylsuchende in der Bundesrepublik seit Anfang August aufgehoben ist. Experten rechnen damit, daß das Vorjahres-Ergebnis von mehr als 193 000 Asylbewerbern in diesem Jahr noch um 30 000 übertroffen wird.

Hinzu kommt eine unbekannte Zahl von illegalen Einwanderern. Im ersten Halbjahr 1991 sind nach Schätzungen des Bundesinnenministeriums rund

50 000 Menschen schwarz über die Oder-Neiße-Grenze gekommen – das entspricht nahezu der Bevölkerungszahl einer Stadt wie Emden oder Passau.

„Objektiv“, meint der langjährige SPD-Vordenker Peter Glotz, könne die Bundesrepublik „als eines der reichsten Länder der Erde“ die Zuwanderung von Asyl-antragstellern zwar „noch einige Jahre aushalten“ – ebenso wie die ungleich stärkere Immigration von deutschstämmigen Aussiedlern aus dem Osten (1990: rund 397 000). Glotz mahnt aber seine Genossen, sie sollten sich „nicht in die Tasche lügen“: „Psychologisch wird uns der Laden bald um die Ohren fliegen.“

Denn die Zuwanderer kommen in ein

Land, in dem – anders als zur Zeit der Wohnungshalden Mitte der achtziger Jahre – aufgrund Bonner Mißmanagements 2,5 Millionen Wohnungen fehlen, in dem überdies 4,3 Millionen Menschen als Arbeitslose oder Kurzarbeiter registriert sind und wo, vor allem im Osten, massive Zukunftsangst grassiert.

Außerdem reist mittlerweile ein völlig anderer Typus von Immigranten ein als einst in den sechziger Jahren, als Bonn die ersten Italiener und Portugiesen für die westdeutsche Industrie anwarb. Während damals Gastarbeiter kamen, reisen heute mehr und mehr Gastarbeitslose, Glücksritter und Gestrandete ein – die, zumal unter sozial Schwachen, mancherlei Aggressionen wecken.

Zwar konnten Linke und Liberale lange Zeit alle Behauptungen, Gastarbeiter neigten mehr als Deutsche zu Kri-



Antragsteller vor der Asylstelle in Berlin-Tiergarten: „Ungewöhnlich großzügig“

fragte erbost eine Anhängerin im Leserbriefteil der linken *Tageszeitung*. Wer einst den Grünen beigetreten sei, um den „Unterdrückten und Erniedrigten“ in der Dritten Welt beizustehen, dem müsse „spätestens jetzt kotzübel werden“.

Millimeterweise, so scheint es, bewegen sich viele Grüne, aber auch Sozialdemokraten in Richtung auf den offiziellen Bonner Standpunkt: Die Regierung will, wie ihr Verfassungsexperte Eckhart Schiffer in einer Expertise festgehalten hat, die Integration der bereits in der Bundesrepublik lebenden Ausländer beschleunigen, aber jeden weiteren Zuzug begrenzen und alternativen Multikultur-Vorstellungen strikt entgegenwirken (siehe Seite 53).

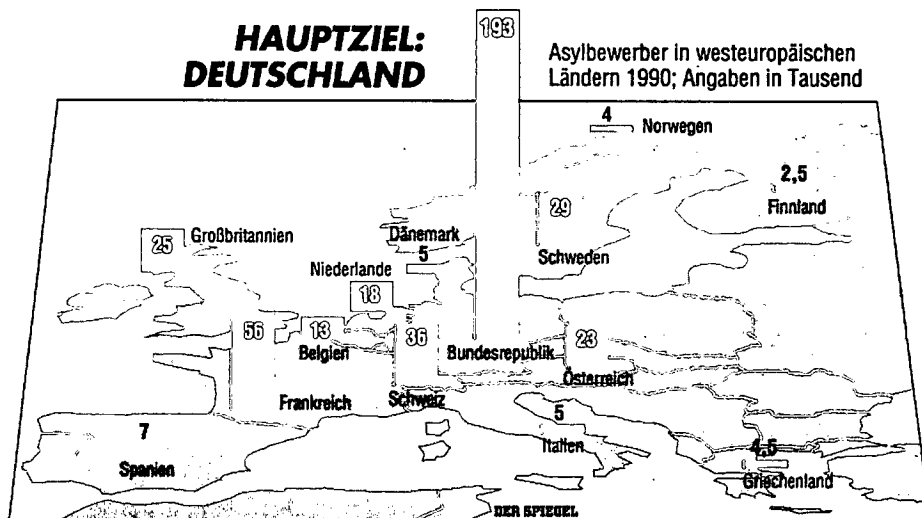
Der ausländerpolitische Wetterwechsel vollzieht sich in einem Land, das sich jahrzehntelang von keinem Staat der Er-

Planck-Institut für ausländisches und internationales Privatrecht urteilt: Während andere Staaten nur allgemeine Verpflichtungen übernommen haben, räumt die Bundesrepublik politisch Verfolgten einen verfassungsrechtlich abgesicherten, individuell einklagbaren Anspruch ein.

Folglich hat sich die Bonner Republik mehr als andere Staaten zu einem „Magneten für Asylbewerber“ (Hippel) entwickelt: Letztes Jahr entfielen 46 Prozent der Asylsuchenden in allen europäischen Ländern auf Deutschland; in weitem Abstand folgen Frankreich und die Schweiz (siehe Grafik Seite 33 oben).

* In der OECD haben sich 24 Länder zusammengeschlossen, neben fast allen westeuropäischen Staaten auch die USA, Kanada, Australien, Neuseeland und Japan.

HAUPTZIEL: DEUTSCHLAND



minalität, mühelos mit einem Blick in die Statistik widerlegen und als Hetze unbelehrbarer Rechtsradikaler abtun. Mittlerweile hat sich das Bild geändert.

Der Anteil der Ausländer an den Tatverdächtigen ist seit 1984 von 16,6 auf 22,6 Prozent emporgeschnellt. Weit überdurchschnittlich vertreten sind Ausländer bei Taschendiebstählen (69,8 Prozent der Delikte), Urkundenfälschung (55,6 Prozent), Falschgelddelikten (54,4 Prozent) und schwerem Landdiebstahl (46,9 Prozent).

Deutlich überrepräsentiert sind Asylbewerber und andere Ausländer auch bei Drogendelikten. 44 Prozent der mutmaßlichen Kokainschmuggler etwa stammen nach Angaben des Bundeskriminalamtes aus dem Ausland. „Das sind Fakten“, beteuert Hansgeorg Koppmann, hessischer Landesvorsitzender der Polizeigewerkschaft, „das hat mit Ausländerfeindlichkeit nichts zu tun.“

Immer häufiger sind jugendliche Ausländer an Straftaten beteiligt. Klaus Jürgen Timm, Leiter des Landeskriminalamtes in Wiesbaden, registriert bei ausländischen Jugendlichen „der zweiten bis dritten Generation“ trotz vieler Ausbildungsdefizite eine „hohe Erwartungshaltung“ an den Lebensstandard: „Sie wollen sich auch soviel leisten können wie die deutschen Jugendlichen.“ Eine schnelle Mark verspricht vor allem der Handel mit Drogen.

Für böses Blut unter Deutschen sorgt auch die veränderte Struktur der Asylsuchenden. Während die Quote derer, die als politisch Verfolgte anerkannt

wurden, 1985 immerhin noch bei 29 Prozent lag, ist sie mittlerweile auf 4,4 Prozent gesunken; bei Nigerianern, Vietnamesen, Bulgaren oder Indern liegt die Anerkennungsquote nahe Null.

Mit anderen Worten: Falls Deutschlands Verwaltungsgerichte nicht ständig Fehlurteile fällen, hat eine sechsstellige Zahl von Asylbewerbern des letzten Jahres fälschlich angegeben, in ihrem Heimatland politisch verfolgt worden zu sein. Ein entsprechend hoher Anteil der öffentlichen Ausgaben für Sozialhilfe und für Asylverfahren (1990: insgesamt schätzungsweise acht Milliarden Mark) wäre dann durch Zuwanderer verursacht, die objektiv keine Verfolgten im Sinne des Grundgesetzes sind.

Ausländerkriminalität, Wohnungsnot, Asylschwindel – nichts von alledem hat, so scheint es, den Haß auf die Fremden so sehr forciert wie die Angst vieler Deutscher, die derzeitige Zuwanderung etwa von Roma und Sinti aus vielen Ländern des Balkans sei nur der Vorbote eines gigantischen Ansturms

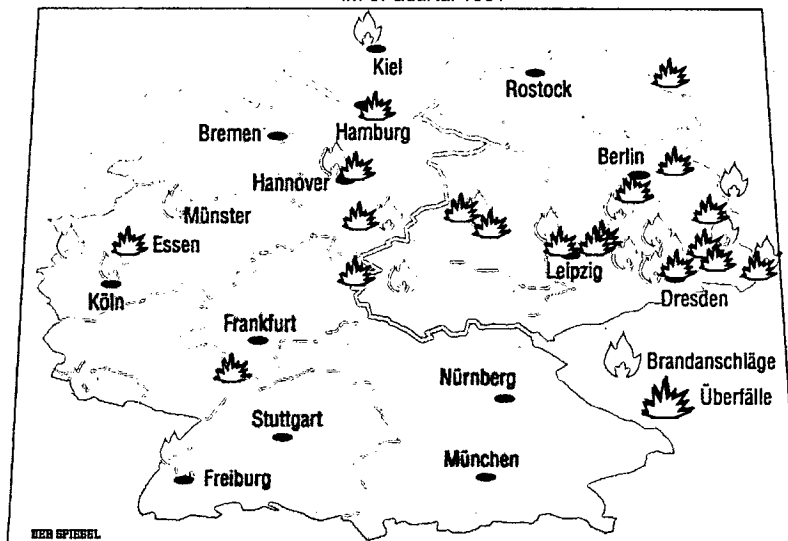
der Armen aus aller Welt auf die reichen Länder im Westen Europas (SPIEGEL-Titel 37/1991).

In der Tat erwarten Fachleute nach dem Zerfall des roten Reiches im Osten und aufgrund des anhaltenden Wohlstandsgefälles zwischen dem Norden und dem Süden des Planeten für die nächsten Jahrzehnte massive Bevölkerungsverschiebungen. „Die größte und die längste Migrationswelle, die die Welt je gesehen hat“, prophezeit James Purcell, Generaldirektor der Internationalen Organisation für Wanderungsbewegungen in Genf.

Vieles deutet darauf hin, daß die Bundesrepublik in Westeuropa weiterhin derjenige Staat sein wird, der das Gros der Immigranten aus dem Süden und dem Osten aufzunehmen hat:

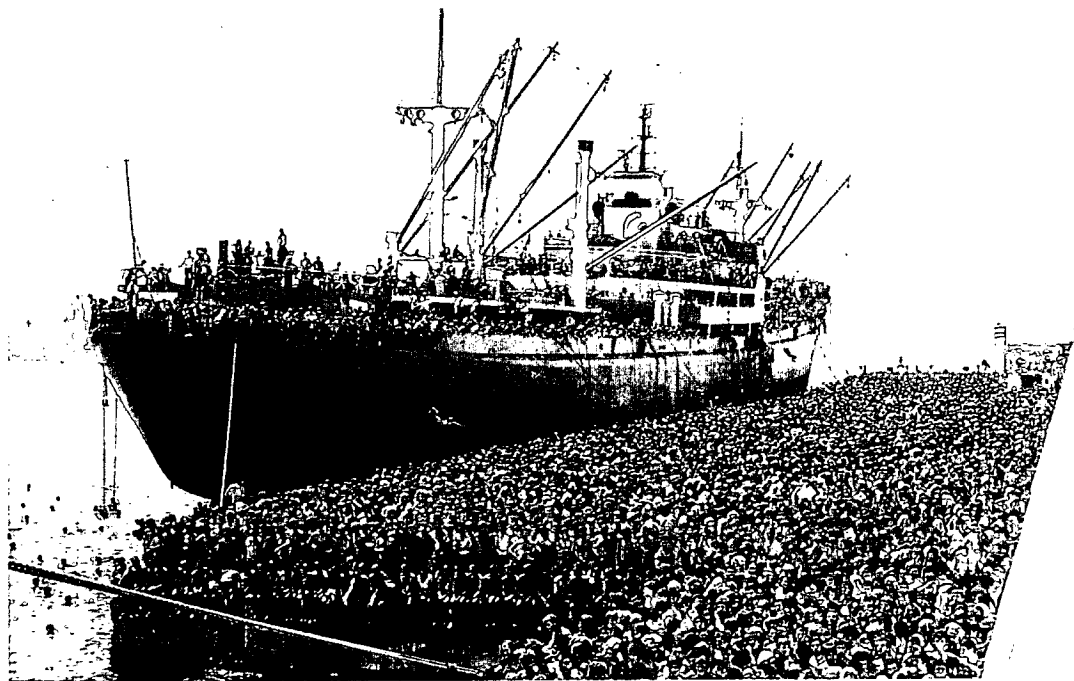
- ▷ Die Bonner Regierung will offenbar weiter an der Fiktion festhalten, die Bundesrepublik sei „kein Einwanderungsland“ (Helmut Kohl); damit vergibt Deutschland die Chance, mit Hilfe von Einwanderungsquoten, Einwanderungskriterien und Einwanderungsämtern nach dem Muster der USA, Kanadas oder Australiens die Zuwanderung zu kanalisieren und den Zustrom von Jahr zu Jahr der jeweiligen Lage auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt anzupassen.
- ▷ Solange es mangels einer solchen Quotenregelung für Nicht-EG-Ausländer praktisch keine andere Chance gibt, nach Deutschland zu kommen, als Asyl zu beantragen, wird die Zahl der Schein-Asylanten weiter steigen – und damit die Zahl der aufwendigen Asylverfahren und der zwar abgewiesenen, aber nicht abgeschobenen, sondern untergetauchten oder aus humanitären Gründen geduldeten Asyl-antragsteller.

WILDER OSTEN Angriffe von Rechtsextremisten auf Ausländer im 3. Quartal 1991



- ▷ Solange die Unionsparteien in den deutschstämmigen, aber oft nicht einmal Deutsch sprechenden Bewohnern der Sowjetunion, Polens und Rumäniens vor allem potentielle CDU/CSU-Wähler sehen, läßt sich auch der Zustrom der Aussiedler – letztes Jahr doppelt so stark wie der Zuzug von Asylanten – nicht drosseln oder strecken, wie die SPD empfiehlt.

- ▷ Mit dem Wegfall der Grenzkontrollen innerhalb der EG, in



Albanien-Flüchtlinge in Italien: Asyl in Bremerhaven?

einer ersten Stufe vom nächsten Jahr an, steht Ländern mit besonders generösem Asylrecht die zusätzliche Zuwanderung anderswo abgewiesener Flüchtlinge bevor – sofern nicht die anderen EG-Staaten ihre Gesetze dem liberalen deutschen Asylrecht anpassen.

Damit aber rechnet niemand. Im Gegenteil: Rings um die Bundesrepublik sind nahezu alle Staaten dabei, die Schotten dichtzumachen. Überall grassiert Furcht vor weiterer Zuwanderung, bisweilen Fremdenhaß wie in Hoyerswerda.

In Frankreich lieferten sich in den Vorstadt-Gettos um Paris Skinheads und Araberbanden nahezu täglich blutige Gefechte. Allein in den letzten vier Jahren sind dort 20 Ausländer, vorwiegend Nordafrikaner, von weißen Rassistern ermordet worden.

Nachdem in einigen Pariser Vororten der rechtsradikale Front national bei Lokalwahlen bis zu 50 Prozent der Stimmen kassiert hat, fordert nun Ex-Präsident Giscard d'Estaing Vorkehrungen gegen die, wie er es nennt, „Invasion der Immigranten“ (siehe Seite 262). Potentiellen Flüchtlingen unter den Transit-Flugpassagieren

wird schon jetzt verwehrt, französischen Boden zu betreten, damit sie nicht Asyl begehren können.

Auch in der Schweiz, die mit 16,9 Prozent – abgesehen von den Zwergstaaten – den höchsten Ausländeranteil Europas verzeichnet, häufen sich neuerdings Sprengstoff-, Schußwaffen- und Brandflaschen-Anschläge auf Asylantenheime. Umfragen zufolge befürworten 60 Prozent der Eidgenossen den Einsatz von Soldaten an der Grenze, um illegale Einwanderer abzuwehren.

schlägern auf Farbige einschlagen, wächst der Fremdenhaß selbst in einstmals so weltoffenen Regionen wie den Benelux-Ländern oder Skandinavien.

Aus Belgien meldete vorigen Monat die Deutsche Presse-Agentur: „Eines der liberalsten Asylgesetze Europas wird verschärft“, aus Holland: „Das Traumziel Asylsuchender zieht die Bremse an“, aus Stockholm: „Auf leisen Sohlen verläßt Schweden seine liberale Asylpolitik.“

Im ausländerfreundlichen Schweden, wo bereits auf 61 Einwohner ein aner-



Ausländer-Abschiebung aus Frankreich*: Ein Kontinent macht dicht

* Rücktransport einer Frau aus Sri Lanka.

kannter Flüchtling kommt, attackierten Fremdenfeinde Heime in Stockholm, Malmö und anderswo. Weil der Unmut wächst, läßt die schwedische Regierung zunehmend Ausländerfamilien abschieben. Dänemark fängt Schlepper und Geschleppte an der jütländischen Südgrenze unbarmherzig ab und steckt Asylbewerber ohne Paß einfach ins Gefängnis.

Mit schärferen Gesetzen will auch Großbritannien, wo sich die jährliche Asylantragszahl binnen zwei Jahren vervierfacht hat, dem Asylantragszuzug begegnen. Wer über andere EG-Länder einzureisen versucht, soll schon an der Grenze zurückgewiesen werden.

Libérale Kommentatoren reagieren auf solche Pläne mit dem Vorwurf, Lon-

den Eindruck beharrlicher Untätigkeit erweckt.

„Die Politiker müssen aufhören, sich zu beharren, sie müssen handeln“, mahnte schon vor Wochen, vorausschauend, der linke Sozialdemokrat Glotz. Nach dem Hoyerswerda-Terror appellierte auch *Bild*, das Ohr stets im Volk, mit Sieben-Zentimeter-Lettern an die Regierenden: „Bonn, tu was!“

Doch am Regierungssitz wurden vor allem Schläge ausgeteilt. Die SPD-Vizevorsitzende Herta Däubler-Gmelin schimpfte, die Union habe zu den Übergriffen „feige geschwiegen“. FDP-Rechtspolitiker Burkhard Hirsch kritisierte das „ständige Getöse aus Bayern“. CSU-Landesgruppenchef Wolfgang Bötsch wiederum nannte die

Brandanschläge von Rechtsextremisten auf Ausländerquartiere hatten noch in den siebziger Jahren Seltenheitswert. Der erste einschlägige Prozeß gegen den Rechtsanwalt Manfred Roeder und zwei Gesinnungsgenossen erregte 1982 bundesweites Aufsehen und endete mit Gefängnisstrafen; den Anschlägen von Roeders Neonazi-Kommandos waren zwei Vietnamesen zum Opfer gefallen.

In jüngster Zeit hingegen vergeht in Deutschland kaum ein Tag ohne rechtsradikal motivierte Attacken gegen Ausländer. Während das Kölner Bundesamt für Verfassungsschutz im ersten Quartal dieses Jahres noch 26 einschlägige Fälle registriert hatte, stieg die Gesamtzahl bis Mitte September auf 220.

Der Trend wird anhalten, fürchten Sicherheitsexperten. Daß die Schläger von Hoyerswerda die sächsische CDU-Landesregierung dazu gebracht haben, die Stadt „ausländerfrei“ zu räumen, wie die Radikalen sich brüsten, werde mit Sicherheit anderswo „Nachahmungseffekte“ auslösen, glaubt Hans-Gert Lange vom Verfassungsschutz-Bundesamt.

Radikale Rechte, das ist schon jetzt abzusehen, werden sich am Aktionsmuster der Kameraden aus Hoyerswerda orientieren. Dort hatten die Attacken am 17. September begonnen, als Skinheads zunächst einige Vietnamesen verprügelten. Tags darauf eskalierte die Gewalt: Die Glatzköpfe griffen mit Molotow-Cocktails und Steinen ein Heim an – 70 Gastarbeiter aus Mosambik und Vietnam bangten um ihr Leben.

Am folgenden Wochenende richteten rund 100 Rechtsradikale Angriffe auf ein Heim, in dem 240 Asylbewerber wohnten, und schlugen sich mit mehr als 400 Polizisten und Dutzenden angereister Autonomen. Bilanz: 4 Schwer- und 28 Leichtverletzte, 83 Festnahmen. Die Schlacht von Hoyerswerda war Höhepunkt einer Serie von rassistischen Aktionen im Westen wie im Osten Deutschlands, die im September Schlag auf Schlag folgten:

- ▷ Am 19. des Monats zündeten in Saarlouis Skinheads ein Wohnheim an; der Asylantragsteller Samuel Yeboah, 27, aus Ghana verbrannte.
- ▷ Am 15. September überfielen im sächsischen Leisnig Vermummte mit Knüppeln und Molotow-Cocktails ein Heim; ein Vietnamese wurde verletzt.
- ▷ Am 11. September traten in Dresden Skinheads die Wohnungstür einer Vietnamesin ein, verprügelten sie und traten der Schwangeren in den Bauch; kurz zuvor hatten dieselben Randalierer einen Mosambika-



Fremdenhasser Reisz: „Ruhig die Lunte legen“

don betreibe „eurozentrischen Rassismus“. Doch die konservative Regierung zeigt sich unbeeindruckt, sie steht unter wachsendem Druck: Pro Jahr zählt die Polizei in den Slums britischer Großstädte bis zu 60 000 Angriffe auf Farbige; Hilfsorganisationen rechnen mit einer zehnmal so hohen Dunkelziffer.

In England schwindet wie in Frankreich der Glaube, die europäischen Staaten könnten zum Schmelztiegel für Zuwanderer aus aller Welt werden. „Wir können die Probleme Kalkuttas nicht lösen, indem wir Kalkutta nach Europa umsiedeln“ – diese Einsicht französischer Parlamentarier ist, so scheint es, europaweit mehrheitsfähig.

Während die Regierungen der Nachbarländer aktiv werden, wenn auch mit teils fragwürdigen Methoden, haben Bonns Politiker im Volk lange Zeit

Vorwürfe eine „Unverschämtheit“. CDU-Generalsekretär Volker Rühe seinerseits gab die infame Parole aus, wenn die Sozialdemokraten nicht umgehend auf Unionskurs gingen, sei jeder künftige Asylbewerber „ein SPD-Asylant“.

Das Getöse sollte verdecken, was ein Spitzengespräch der Parteien am Freitag letzter Woche im Kanzleramt aufs neue offenbarte: Bonns Ausländer- und Asylpolitik ist festgefahren; die Runde beschloß, erst einmal eine Fachkommission einzusetzen.

Kaum ein Politiker hat ein schlüssiges Konzept für den Umgang mit jenen Jugendlichen, die sich bei ihrem Terror gegen Ausländer mehr und mehr derselben Mittel bedienen wie in den sechziger Jahren der militanteste Teil der damaligen Außerparlamentarischen Opposition: Pflastersteine, Brandsätze, Molotow-Cocktails.

ner mit einem Schuß in den Kopf schwer verletzt.

Kaum waren die Krawalle von Hoyerswerda bundesweit publik geworden, knallte es auch in anderen Städten. Im sächsischen Thendorf griffen Jugendliche ein Heim an, zerstörten die Einrichtung und verletzten acht Ausländer. In Freital bei Dresden und in Breitenbeck bei Hannover schleuderten Extremisten Brandsätze gegen Ausländerheime; dort gab es Sachschäden.

In Cottbus lieferten sich Skinheads und linke Jugendliche eine Straßenschlacht um Unterkünfte von Asylbewerbern. Brandanschläge auf Ausländerheime im westfälischen Münster, im südbadischen March, im thüringischen Tambach-Dietharz – Haß und kein Ende?

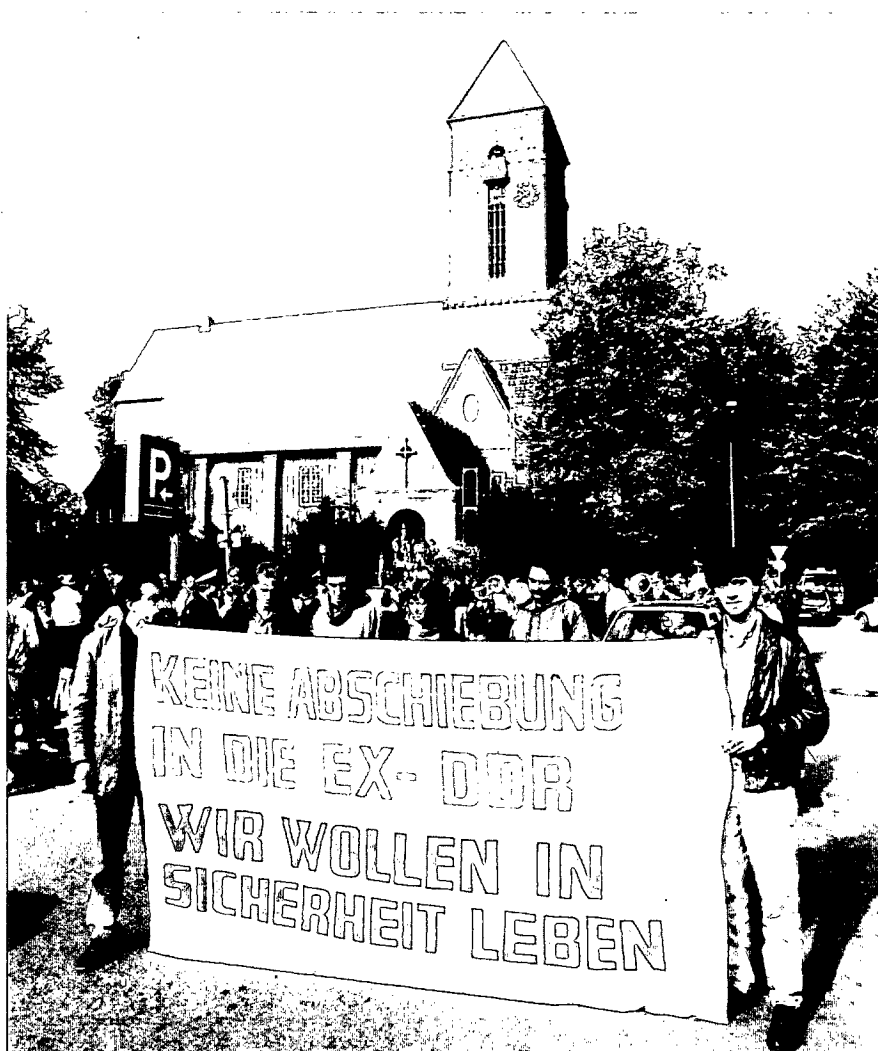
Ob eine Änderung des Ausländerrechts den aufgeflammten Rechtsextremismus dämpfen kann, ist fraglich. Dazu sei es schon „zu spät“, glaubt der Sozialforscher Professor Wilhelm Heitmeyer von der Uni Bielefeld. Der Bundesregierung wirft der Wissenschaftler „gnadenlose Ahnungslosigkeit“ vor. Seit langem warnt Heitmeyer vor der Gefahr, die vom „unauffälligen Vorfeld“ der Rechtsextremisten ausgehe, besonders in Ostdeutschland. Wo massenhaft Firmen zusammen- und Familien auseinanderbrechen, wachse die Gewaltbereitschaft von Jugendlichen – die zumeist, so Heitmeyer, auch ohne Anleitung durch rechtsextreme Parteien zuschlagen.

Tatsächlich sind auch nach den Erkenntnissen von Sicherheitsexperten die meisten der Krawallmacher in Hoyerswerda und anderswo bislang nicht politisch organisiert. Die rechtsextremen Gruppen in der Bundesrepublik, denen der Verfassungsschutz insgesamt 36 000 Mitglieder zutraut, wollen das allerdings entschieden ändern – sie heizen den Haß mit markigen Sprüchen noch an.

„Wir begrüßen, daß die Bürger in Hoyerswerda sich gegen die Asylantenflut wehren“, tönt Frank Hübner, 26, aus Cottbus, Bundesvorsitzender der neonazistischen „Deutschen Alternative“. Gemeinsam mit Gottfried Küssel aus Wien, dem Nachfolger des an Aids gestorbenen Neonazi-Führers Michael Kühnen, kündigt Hübner weitere Aufmärsche vor Ausländer- und Asylantenwohnheimen an.

„Bürger und Nationalsozialisten in einer Front“, das sei „einfach wunderbar“, schwärmt Hübner. Er droht, die radikalen Rechten würden den in Kühnens Schriften propagierten „Rassenkampf“ noch verschärfen – Endziel: „Wir machen Mitteldeutschland ausländerfrei.“

Sympathie für die „Kameraden in Hoyerswerda“ bekennt auch Heinz Reisz, 53, Sprecher der Rechtsgruppe



Asylanten-Demo in Neumünster: „Eine Bombe reinwerfen“

„Deutsches Hessen“. Sie seien die „besseren Deutschen“, rühmt Reisz die Ost-Randalierer, weil sie von den SED-Militaristen einfach „besser erzogen worden“ seien als die laschen Westdeutschen. Auf Versammlungen im Osten fordert der frühere NPD-Propagandist Reisz seine Gefolgsleute auf: „Wir sollten die Lunte ruhig mit legen.“

Auch Christian Worch, 35, Sprecher der „Nationalen Liste“ in Hamburg, schaut mit Freude gen Osten. Seit Anfang September hat seine Truppe dort einen Ableger, die Sächsische Nationale Liste. In den fünf neuen Ländern seien „Massen an Aktivisten verfügbar“, sagt Worch. Seine Freude wird nur getrübt durch die „Schwierigkeiten, dort eine organisierte Struktur aufzubauen“.

„Alles ist im Rechtsextremismus derzeit im Fluß“, heißt es in einer Analyse des Kölner Verfassungsschutzamtes. Zulauf haben vor allem militante Gruppierungen, die noch rechts von den Republikanern stehen. Am Donnerstag dieser Woche etwa soll im Kurhaus von Stuttgart-Bad Cannstatt wieder mal eine neue Rechtspartei gegründet werden.

Harald Neubauer, 39, früher Bundesgeschäftsführer der Republikaner und NPD-Funktionär aus München, will mit der „Deutschen Liga für Volk und Heimat“ Deutschnationale aller Braunschattierungen um sich sammeln. Jürgen Schützinger, neben Neubauer einer der Sprecher des eingetragenen Vereins, bekundet kaum verhohlene Sympathie für die Fascho-Szene in der Ex-DDR.

Dort, wo stramme SED-Lehrer jahrzehntelang per Frontalunterricht „Internationalismus“ propagiert haben, sieht Schützinger heranwachsen, was den Rechten im Westen immer gefehlt habe: „Wir brauchen ein kulturelles Vorfeld, eine nationale Subkultur. Davor haben unsere Gegner wirklich Angst.“

Nach einer Untersuchung des Berliner Politikwissenschaftlers Hajo Funke halten 40 Prozent der ostdeutschen Jugendlichen Ausländer für „lästig“. In den alten Bundesländern haben nach dieser Studie 25 Prozent der Jugendlichen Ressentiments gegen Ausländer.

Die Polizei im Osten müssen die Schläger selten fürchten. Als vor vier

Wochen 60 Fremdenfeinde ein Asylantenheim in Leipzig angriffen, hatten sie freie Bahn. Die sieben verfügbaren Ordnungshüter mochten nicht eingreifen. „Wir können doch unsere Leute nicht verheizen“, meinte Polizeiführer Rainer Germann. Erst nach anderthalb Stunden rückte Bereitschaftspolizei an.

Vor den normalen Streifenpolizisten haben die Rechtsextremisten ohnehin keine Angst. In Chemnitz demolierten 15 Jugendliche einen Polizei-Lada – drinnen saßen zwei verängstigte Wachmeister, die nichts tun konnten, als um Hilfe zu rufen. Sachsens Innenminister Rudolf Krause (CDU), dessen Stuhl seit Hoyerswerda wackelt, will jetzt allen Ausländerheimen wenigstens ein Telefon spendieren.

Sollte sich Krauses Landeschef Biedenkopf mit seiner Forderung durchsetzen, daß die alten Bundesländer den Sachsen einen Teil der ihnen zugedachten Asylbewerber abnehmen, drohen neue Krawalle – vorzugsweise im Westen.

Nach dem Einigungsvertrag müssen die fünf neuen Bundesländer ein Fünftel aller Asylbewerber aufnehmen. Doch bisher schon mißlingt es westdeutschen Großstädten wie Hamburg und Bremen, die ihre eigene Quote längst übererfüllt haben, die überzähligen Zuwanderer in die Ex-DDR abzuschieben: Fast jeder zweite weigert sich, in den Bus nach Osten zu steigen.

Nach den Terrornächten von Hoyerswerda wird sich der Asylbewerber-Stau im Westen noch verstärken. In Hessen beispielsweise trafen sogenannte Rückflüchtlinge aus Wurzen bei Leipzig ein, die dort Ziel rechtsradikaler Attacken gewesen waren. Die Rückkehrer bestehen darauf, in Hessen zu bleiben, sie wollen „lieber sterben als nach Sachsen zurückkehren“.

In Hannover kamen 16 aus Hoyerswerda geflüchtete Vietnamesen und Mongolinnen an. Und im schleswig-holsteinischen Neumünster widersetzen sich 70 Jugoslawen, Albaner und Kurden in einer evangelischen Kirche dem geplanten Transport nach Mecklenburg-Vorpommern – zum Verdruß von Einheimischen,

die gegen die Fremden hetzen: „Da sollte man eine Bombe reinwerfen.“

Schon haben westdeutsche Gerichte begonnen, die einstige DDR-Region als eine Art Verfolgerland anzuerkennen. In Hamburg erreichten findige Anwälte vor dem Verwaltungsgericht, daß jugoslawische Asylbewerber zumindest vorerst nicht zurück nach Wismar müssen; sie waren nach einem Überfall in den Westen geflohen.

Die Bundesregierung freilich lehnt es ab, die neuen Länder aus ihrer Pflicht zu entlassen, weiterhin ein Fünftel der

politische Sprecher der Unionsfraktion, mit einem Nachsatz versehen werden, der auf ein Bundesgesetz verweist.

Darin sollen zum Beispiel all jene Zuwanderer vom Asyl ausgeschlossen werden, die schon in anderen Staaten einen Antrag gestellt haben, ferner Flüchtlinge, die aus Ländern kommen, in denen es nach Bonner Einschätzung gar keine politische Verfolgung gibt.

Um das Grundgesetz zu ändern, braucht die Union allerdings die Stimmen der Sozialdemokraten. Doch die wollen, wie sie am Freitag letzter Woche

bekräftigten, die Verfassung nicht anrühren – ebensowenig wie große Teile der FDP. Für die SPD komme, so hat sich Parteichef Björn Engholm festgelegt, nur eine Lösung „unterhalb“ einer Verfassungsänderung in Frage.

Die Sozialdemokraten sind bereit, das Asylverfahren weiter zu beschleunigen: Die Antragsteller sollen nicht gleich auf die Gemeinden verteilt, sondern erst einmal in ehemalige Kasernen und andere Gemeinschaftsunterkünfte gesteckt werden – Quartiere mit jeweils nicht mehr als 500 oder 600 Plätzen, so SPD-Vize Däubler-Gmelin.

Solange sich die Asylbewerber in einer der voraussichtlich 70 einzurichtenden Gemeinschaftsunterkünfte aufhalten, soll, im Eilverfahren, ihr Antrag bearbeitet werden. Verantwortlich für die Lager wie für das Verfahren wäre der Bund. Binnen sechs Wochen, glaubt Däubler-Gmelin, könnten bis zu 50 Prozent der Fälle erledigt und alle er-

folglosen Bewerber abgeschoben sein; die andere Hälfte könne dann übers Land verteilt werden.

Innenminister Schäuble deutete letzte Woche an, daß er sich notfalls auf diesen Vorschlag einlassen könnte. Allerdings will er nicht die Länder aus der Mitverantwortung entlassen: Sie sollen wie bislang an den Asylverfahren mitwirken.

Falls die geplante Neuregelung nicht greift und der Ausländerzuzug weiterhin zunimmt, rechnen Kommunalpolitiker mit bösen Folgen. Dresdens Oberbürgermeister Herbert Wagner orakelte schon: „Hoyerswerda kann überall sein.“



Gastarbeiter-Auszug aus Hoyerswerda: „Sind hier unerwünscht“

Asylanten zu beherbergen. Bei der zur Zeit „zugespitzten Situation“, erklärt Innenminister Wolfgang Schäuble, sei kein West-Land in der Lage, den Ost-Ländern noch Asylbewerber abzunehmen. Im „neuen Deutschland“, fordert Schäuble, müsse auch diese Last gemeinsam getragen werden.

Starr muteten lange Zeit auch die Fronten in der Bonner Asyldebatte an. Die Union würde am liebsten das Grundgesetz ändern; nur so sei es möglich, den „massenhaften Mißbrauch“ (CDU-General Rühle) des Asylrechts einzudämmen. Der Asyl-Artikel 16 müsse, so Johannes Gerster, der innen-